

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg**  
**am 27.06.2013**

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",  
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann  
Herr Normann Graeser  
Herr Michael Heimen  
Herr Wilhelm Kleinesdar

SPD

Herr Gerd Gieselmann  
Frau Inge Selle  
Herr Jörg Sensenschmidt  
Frau Frauke Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Harald Haemisch  
Herr Paul John  
Herr Heiko Steinkühler

BfB

Herr Winfried Huber

Parteilose Mitglieder

Herr Robin Fermann

Nicht anwesend:

## Zu Punkt

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Viehmeister begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 40. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 19.06.2013 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sie gratuliert Herrn Huber und Herrn Fermann zu ihren Geburtstagen und wünscht ihnen im Namen der Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg für das neue Lebensjahr alles Gute.

Frau Viehmeister schlägt aus Dringlichkeitsgründen die Erweiterung der Tagesordnung um TOP 9.2 Bürgereingabe von Herrn Hans-Rolf Pade aus der Sitzung vom 06.06.2013 vor. Hier läge eine Stellungnahme der Verwaltung vor und die Dringlichkeit sei gegeben, da die nächste Sitzung erst am 12.09. stattfinde und Bürgereingaben in einem Zeitraum von 3 Monaten beantwortet werden sollten.

#### Beschluss:

**Die Tagesordnung ist um TOP 9.2 – Bürgereingabe nach § 24 GO i.V.m. den Richtlinien für Erledigungen von Anregungen und Beschwerden von Herrn Hans-Rolf Pade zu erweitern.**

- einstimmig beschlossen -

Weiterhin sollte die Tagesordnung um TOP 9.3 Friedhofssatzung der Stadt Bielefeld erweitert werden. Die Friedhofssatzung der Stadt Bielefeld trete mit Ablauf des 05.09.2013 außer Kraft. Auch hier sei die Dringlichkeit aufgrund der Sommerpause gegeben.

#### Beschluss:

**Die Tagesordnung ist um TOP 9.3 – Friedhofssatzung der Stadt Bielefeld - zu erweitern.**

- einstimmig beschlossen -

Zur Tagesordnung weist Frau Viehmeister auf die nachgereichte Vorlage Nr. 5960/2009-2014 des Amtes für Schule zum Grundschulverbund, TOP 4, und die Vorlage Nr. 5952/2009-2014 Immobilienservicebetriebes zur Zusammenlegung der Kindertagesstätte und Grundschule Schröttinghausen, TOP 5, hin.

Frau Selle regt an, aufgrund des thematischen Zusammenhanges die Beratung zur Zusammenlegung der Kindertagesstätte und Grundschule Schröttinghausen zu TOP 5 vor den Beratungen zu einem Schulverbund unter TOP 4 vorzunehmen. Die Mitglieder der Bezirksvertretung stimmen dem zu.

#### Beschluss:

**Die Beratungen zu TOP 5 erfolgen vor den Beratungen zu TOP 4.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

### **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Sabine Schick, Weizenkamp 11 a, 33739 Bielefeld stellt folgende Fragen:

1. **Warum hat der Arbeitskreis zur Zusammenlegung der Kindertagesstätte und Grundschule in Schröttinghausen unter Beteiligung der Elternvertreterinnen und Elternvertreter, sowie der Leitungen von Kindertagesstätte und Grundschule nur einmal getagt?**
2. **Wurden Elternvertreterinnen und Elternvertreter, sowie die Leitungen der Kindertagesstätte und Grundschule zu den heute zu beschließenden Plänen befragt?**
3. **Wie wird bei dem vorgesehenen Raumprogramm die Möglichkeit einer zukünftigen Mehrzügigkeit sichergestellt?**
4. **Wie wird bei einem Umbau die Weiterführung des Programms „Mint“ der Grundschule vor dem Hintergrund des verkleinerten Raumprogramms und somit auch die Einbindung der Kindertagesstätte sichergestellt?**
5. **Wie verhält sich die Bezirksvertretung zu dem viel zu kleinen Außengelände für die Kindertagesstätte?**
6. **Warum wird dieser Bereich geteilt?**
7. **Was wird zum Schutz der Kinder der Kindertagesstätte vor Lärm vom Pausenhof der Schule getan?**
8. **Warum wird eine Maßnahme umgesetzt, die niemand haben möchte?**

Frau Viehmeister führt zu den Fragen 1. Und 2. aus, dass sich die Mitglieder der Bezirksvertretung zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Elternschaft und des Lehrerinnen- und Erzieherinnenkollegiums, sowie auch den Fachverwaltungen umfangreiche Gedanken zu der Zusammenlegung der Kindertagesstätte und Grundschule in Schröttinghausen gemacht hätten. Letztendlich sei jedoch durch die für die Umsetzung zur Verfügung stehenden Mittel die Möglichkeiten beschränkt. Variante 3 a des Immobilienservicebetriebes stelle die Grobplanung für die Zusammenlegung dar und die weitergehenden Detailplanungen würden nun unter Berücksichtigung der von Elternschaft und den Leitungen der jeweiligen Einrichtungen gemachten Vorschläge erarbeitet. Diese Detailplanungen würden dann in einem gemeinsamen Arbeitskreis, bestehend aus Elternvertreterinnen und Elternvertretern, sowie den Leitungen von Kindertagesstätte und

Grundschule, Fachverwaltung und Politik, beraten und weiterentwickelt. Die heute von der Bezirksvertretung zu beschließende Vorlage stelle somit zunächst das „Gerüst“ für eine Zusammenlegung der beiden Einrichtungen dar.

Frau Viehmeister verweist hinsichtlich der Klärung der weiteren Fragen auf die Beratungen zu TOP 5.

Herr Rüdiger Paus-Burkhard, Weißenseeweg 19, 33619 Bielefeld stellt folgende Frage:

**9. Wie weit ist die Planung der Erschließung der Kindertagesstätte am Hof Hallau?**

Frau Viehmeister antwortet hierauf, dass die Bezirksvertretung Dornberg gemeinsam mit dem Amt für Verkehr verschiedene Lösungsmöglichkeiten erarbeitet habe, deren Umsetzung derzeit detaillierter geprüft würden. Sobald ein Ergebnis vorliege werde man die Öffentlichkeit informieren.

Frau Steinborn berichtet, dass zu der Einwohnerfrage von Frau Christa Meyer-Arend, Dornberger Str. 410, 33619 Bielefeld eine Antwort des Amtes für Verkehr vorliege. Das Antwortschreiben wurde bekanntgegeben und ist Anlage zu diesem Protokoll.

---

**Zu Punkt 2**

**Mitteilungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

---

**Zu Punkt 3**

**Anfragen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

**Zu Punkt 4**      **Informationen zur Entwicklung der Grundschule  
Schröttinghausen**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer:

-.-.-

**Zu Punkt 4.1**      **Beschlussvorlage der Verwaltung zum Grundschulverbund  
Dornberg mit Schröttinghausen-Deppendorf**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 5960/2009-2014

Frau Viehmeister begrüßt Frau Trachte und Herrn Müller als  
Berichterstatlerin und Berichterstatler.

Frau Selle gibt folgende Stellungnahme für die SPD-Fraktion ab:

*In dem langen bisherigen Prozess um den Bestand der Grundschule  
Schröttinghausen haben sich alle politischen Beteiligten immer bemüht,  
die Eltern und Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen, zu informieren  
und zu beteiligen. Es gab Änderungen in der Entwicklung der Schule, es  
gab Gesetzesänderungen und Änderungen im politischen und  
verwaltungsmäßigen Handeln.*

*Die sich jetzt abzeichnende Lösung eines Grundschulverbundes halten  
wir, auch nach Kenntnisnahme der Stellungnahmen der  
Schulkonferenzen, für eine große Chance, den Schulstandort in  
Schröttinghausen zu sichern. Die geforderten Voraussetzungen werden,  
soweit rechtlich möglich, von Verwaltung und Schulaufsicht erfüllt und  
sollen von dort positiv gesteuert werden.*

*Wir halten es für eine politisch verantwortliche Entscheidung und werden  
der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen mit der Ergänzung zu  
Punkt 3., dass Verwaltung und Schulaufsicht den Prozess positiv  
begleiten.*

Herr Huber stellt dar, dass ein Grundschulverbund auf Dauer für den  
Erhalt des Standortes in Schröttinghausen das Sicherste sei. Wenn man  
jedoch die Stellungnahmen der Schulkonferenzen betrachte, in der sich

beide Schulkonferenzen gegen die Einrichtung eines Schulverbundes zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Schuljahr 2013/14 ausgesprochen hätten, halte er das Datum 01.11.2013 für die Umsetzung in der Vorlage für nicht angemessen. Statt gegen die Wünsche der Schulkonferenzen zu entscheiden solle man in Absprache mit den Betroffenen einen Termin für die Einführung einer Verbundschule finden. Vom Grundsatz her halte er eine Verbundlösung für gut, vor dem Hintergrund des Datums der Umsetzung jedoch würde er sich bei einer Abstimmung enthalten.

Herr John macht deutlich, dass es wichtig sei, den Standort Schröttinghausen zu sichern und langfristig zu erhalten. Für die Eltern sei Kontinuität wichtig und durch die anstehende Entscheidung könne man die Qualität der pädagogischen Arbeit auf Dauer sichern. Es sei wichtig, dass die Zeit der kommissarischen Leitung der Grundschule beendet würde. Man sehe unter der derzeitigen Leitung der Grundschule beste Chancen und Rahmenbedingungen für die weitere pädagogische Arbeit.

Frau Brinkmann gibt eine Stellungnahme für die CDU-Fraktion ab:

*Es ist bekannt, dass die CDU-Fraktion sich in den letzten Jahren stark für den Erhalt kleinerer Grundschulen eingesetzt hat. Durch die Herbeiführung von Beschlüssen wurden so Brücken gebaut, dass kleinere Grundschulen wohnortnah als selbstständige Schulen geführt werden können. Wir respektieren die Beschlüsse der Schulkonferenzen und folgen insofern der Beschlussvorlage der Verwaltung, damit vor Allem im Interesse aller Beteiligten - Kindern wie Eltern - diese unendlich lange Diskussion zu Ende gebracht wird.*

Herr Müller macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage dem Schulrecht entsprechen würde, welches ein Datum der Umsetzung zur weiteren Bearbeitung fordere. Der Planungsprozess zum Umbau der Grundschule dürfte bis November abgeschlossen sein, was den Eltern und den Leitungen der Einrichtungen Klarheit hinsichtlich des Raumprogramms verschaffe.

Frau Viehmeister merkt an, dass die Anmeldungen für das neue Schuljahr im November vorliegen müssten und dann eine Planungssicherheit hinsichtlich der Weiterführung der Grundschule für die Eltern ausgesprochen wichtig erscheine. Daher solle man die Terminierung der Einrichtung des Schulverbundes wie in der Vorlage vorgegeben bestehen lassen.

Frau Trachte sieht in einer Verbundlösung eine gute Chance den Standort zu stabilisieren und Sicherheit zu schaffen. Durch die Besetzung der Schulleiterstelle könne auch die Qualitätsentwicklung der pädagogischen Arbeit gesichert werden.

Frau Viehmeister stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Berücksichtigung des Zusatzes zu Ziffer 3. „und positiv zu steuern und zu begleiten“ zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

- 1. Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss und dem Rat, die bisher selbständige**

**Gemeinschaftsgrundschule Schröttinghausen-Deppendorf, Horstkotterheide 22, 33739 Bielefeld, aufzulösen und ab dem 01.11.2013 als Teilstandort im Verbund mit der bestehenden selbständigen Gemeinschaftsgrundschule Dornberg, Großer Kamp 47, 33619 Dornberg, als Stammschule zu führen.**

2. Vorbehaltlich der Anhörung der Schulkonferenz bzw. der Teilschulkonferenzen der künftigen Verbundschule soll die Schule die Bezeichnung „Städt. Gemeinschaftsgrundschule Dornberg-Schröttinghausen – Grundschulverbund – Primarstufe“ tragen.
3. Die Verwaltung und die Schulaufsicht werden gebeten, die von den Schulkonferenzen der Grundschulen Dornberg und Schröttinghausen-Deppendorf genannten Voraussetzungen für den Grundschulverbund im rechtlich und finanziell möglichen Umfang zu erfüllen und positiv zu steuern und zu begleiten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5**

**Zusammenlegung der Kindertagesstätte und der Grundschule Schröttinghausen im Gebäude der Grundschule Schröttinghausen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

**Zu Punkt 5.1**

**Beschlussvorlage der Verwaltung zur Teilumnutzung in eine Kindertagesstätte mit U3-Plätzen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5952/2009-2014

Frau Viehmeister begrüßt Frau Melchior vom Immobilienservicebetrieb, Herrn Müller vom Amt für Schule sowie Herrn Epp vom Jugendamt als Berichterstatterin, Berichterstatter zur Thematik Zusammenlegung Kindertagesstätte und Grundschule Schröttinghausen und bittet die zu TOP 1 gestellten Fragen zu berücksichtigen.

Herr Epp stellt noch einmal die Vorteile einer Zusammenlegung der Einrichtungen dar und weist auf die wichtigen Synergieeffekte durch die Verknüpfung der beiden Bildungsbereiche hin. Auch wenn es sich für beide Einrichtungen nicht um eine Ideallösung handele, würden die Vorteile für alle Beteiligten überwiegen.

Hinsichtlich der Flächen für den Bereich der Kindertagesstätte würden sowohl für den Innen- als auch für den Außenbereich alle Vorgaben des Landesjugendamtes erfüllt. Eine Trennung des Außenbereiches sei durchaus üblich und stünde einer Umsetzung nicht entgegen.

Frau Selle schlägt vor, den Beschluss um den Zusatz „Bei der weiteren Planung werden die Wünsche der Leitungen der Schule und der Kindertagesstätte mit einbezogen und auf ihre Umsetzbarkeit geprüft.“ zu erweitern.

Herr John berichtet aus der Sitzung der letzten Arbeitsgruppe. Man habe lange diskutiert und sich intensiv mit der Thematik des Raumprogramms und der verschiedenen Möglichkeiten beschäftigt. Die Bezirksvertretung Dornberg habe sich in den vergangenen Jahren immer wieder für eine Integration der Kindertagesstätte in die Grundschule stark gemacht um die Chance zur Optimierung der Kinder- und Jugendarbeit zu ergreifen und insbesondere den Standort Grundschule in Schröttinghausen zu sichern. Bemühungen, die Grundschule in Schröttinghausen in das Programm KIGS aufzunehmen, seien leider gescheitert und als der Umbau der Kindertagesstätte in Schröttinghausen vorgestellt worden sei habe man die Chance genutzt und die Verwaltung beauftragt, die Vorstellung einer Kindertagesstätte und einer Grundschule unter einem Dach planerisch umzusetzen. Die vorliegende Planung 3a stelle den ersten Entwurf dar, welcher im weiteren Prozess unter Beteiligung der Elternschaft und der Einrichtungen angepasst und verbessert würde.

Die Chance ein solches Projekt – gerade auch vor dem Hintergrund der leeren städtischen Kassen – zu realisieren, dürfe man sich nicht verbauen. Das zukünftige Konzept sei einmalig in Bielefeld und Umgebung und stelle ein Alleinstellungsmerkmal für diese Grundschule dar. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass auch gerade durch dieses Konzept Kinder in die Einrichtungen gezogen würden, was einen Gewinn für den Stadtbezirk, insbesondere aber für die Kindertagesstätte und die Grundschule darstelle. Die gesamte Bezirksvertretung stünde hinter der Schule, der Kindertagesstätte und den Bürgerinnen und Bürgern in Niederdornberg-Deppendorf und Schröttinghausen. Ebenso stünde sie auch hinter dieser Maßnahme und sei sich einig, dass eine Entscheidung getroffen werden müsse.

Herr John verteilt an die Besucherinnen und Besucher und die Pressevertreter folgende Stellungnahme der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

***Ein für Bielefeld großartiges Projekt soll durch die Zusammenlegung von Kita und Schule in einem Gebäude Kindern ein längeres gemeinsames Leben und Lernen unter einem Dach ermöglichen.***

*Die Bezirksvertretung Dornberg sieht in der Zusammenlegung der Schule*

*und der Kita in einem Gebäude eine einmalige Chance. Durch Mittel, die für den U3-Ausbau des Kindergartens ohnehin zur Verfügung gestellt werden müssen, können am gemeinsamen Standort bessere Rahmenbedingungen sowohl für die Vorschulkinder als auch für die Schulkinder geschaffen werden.*

*Das Profil der Schule kann durch dieses für Bielefeld einmalige Projekt, neben der besonderen naturwissenschaftlichen Ausrichtung, weiter geschärft werden.*

*Für die Kita-Kinder wird sich der Übergang zur Schule vereinfachen, da sie bereits „unter einem Dach“ viele Eindrücke von ihrer zukünftigen Grundschule sammeln können.*

*Gemeinsame Raumnutzungen und besonders gemeinsame Projekte werden in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen und dazu führen, den Standort der Grundschule langfristig für Schülerinnen und Schüler und deren Eltern attraktiv zu machen und vergrößern mittelfristig die Chance, dauerhaft höhere Schülerzahlen zu erreichen.*

Herr Kleinesdar macht ergänzend noch darauf aufmerksam, dass die Bezirksvertretung Dornberg die Entwicklung des Stadtbezirks Schröttinghausen unterstütze und seit Jahren für den Erhalt der Schule kämpfe. So zum Beispiel auch mit der Entwicklung des Baugebietes Plackenweg West, das auch für die Kindertagesstätte und die Schule neue Kinder bringen würde. Er wünsche sich eine positive Unterstützung von den Bürgerinnen und Bürgern für eine gemeinsame Entwicklung und nicht nur Kritik und Gegenwehr in Bezug auf notwendigerweise einzugehende Kompromisse.

Frau Selle führt aus, dass man sich die Entscheidung nicht leicht gemacht habe und wünscht sich Verständnis für die getroffene Entscheidung. Es sei eine große Chance für eine positive Entwicklung des Stadtbezirkes und der Grundschule. Politik und Verwaltung stünden hinter der Maßnahme und unterstützen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Huber unterstützt die Stellungnahme seiner Vorredner und stellt die Einzigartigkeit des Stadtbezirks Schröttinghausen hinsichtlich des Engagements seiner Anwohnerinnen und Anwohner dar. Die vielen Aktionen und tatkräftige Unterstützung aller Menschen im Stadtbezirk für ihr Dorf stellten etwas Besonderes dar. Die Zusammenlegung der Kindertagesstätte und der Grundschule wären ein weiteres Alleinstellungsmerkmal in und über Bielefeld hinaus und man erwarte eine Steigerung der Schülerzahlen. Er bestätigt die uneingeschränkte Unterstützung für das Projekt.

Herr Fermann spricht sich als Einziger gegen eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt aus, da die Menschen mit dem derzeitigen Planungsstand scheinbar unzufrieden seien und hier zunächst nachgebessert werden müsse.

Unter Berücksichtigung der von Frau Selle angeregten Ergänzung fassen die Mitglieder der Bezirksvertretung folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Dornberg, der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb, der Schul- und Sportausschuss und der Jugendhilfeausschuss beschließen die Teilumnutzung der Grundschule Schröttinghausen in eine Kindertagesstätte.

Der Immobilienservicebetrieb wird beauftragt, diese Maßnahme im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel von 650.000 € baulich 2013 / 2014 umzusetzen.

Die Mittelbereitstellung erfolgt wie folgt:

- 570.000 € aus dem zur Verfügung stehenden „10-Mio.-€-Ausbauprogramm U3“ des Amtes für Jugend und Familien
- 80.000 € - vorfinanziert aus dem Budget des ISB und über Mietzahlungen des Amtes für Schule refinanziert.

**Bei der weiteren Planung werden die Wünsche der Leitungen der Schule und der Kindertagesstätte mit einbezogen und auf ihre Umsetzbarkeit geprüft.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Verkehrssituation Radwegeverbindungen Wellensiekplatz**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Viehmeister begrüßt Herrn Hovermann und Herrn Spree vom Amt für Verkehr.

Herr Hovermann erläutert die Stellungnahme des Amtes für Verkehr zu den in der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 25. April 2013 gefassten Beschlüssen:

*Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung folgende Änderungen bei der Lenkung des Rad- und Fußverkehrs im Bereich zwischen Universität und Zehlendorfer Damm vorzunehmen:*

1. *Zurücknahme des Fußgängergeländers an der Ostseite der Haltestelle Wellensiek.*
2. *Markierung eines Fahrradstreifens auf der schwarzen Platzfläche südlich der Haltestelle Wellensiek (zwischen Wellensiek und Haltestelle).*
3. *Rücknahme der vorhandenen Markierungen und Aufbringung einer Fahrradspur mit Piktogramm auf den beiden Anthrazitflächen links und rechts der Einmündung und darüber hinaus.*
4. *Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung hinsichtlich*

*der Markierung einer Fahrspur auf dem Boulevard zwischen Universität und dem neuen Gelände (ENUS) einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu erarbeiten und der Bezirksvertretung Schildesche zur Beschlussfassung vorzulegen.*

*Im Zusammenhang mit Anregungen zu der Führung des Fuß- und Radverkehrs in der Straße Zehlendorfer Damm im Bereich der Haltestelle Wellensiek (vgl. Schreiben der Frau Stockey, TOP 1 der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 6. Dezember 2012) wurde am 17. Januar 2013 ein Ortstermin unter Beteiligung von Mitgliedern der Bezirksvertretung, dem Stadtbezirksmanagement Dornberg, dem Amt für Verkehr sowie von Frau Stockey durchgeführt.*

*Bei dem Ortstermin wurde hinsichtlich der Anregungen von Frau Stockey Folgendes vereinbart:*

*1. Situation stadteinwärts, Radweg rechts*

*A) 1. Fußgängerübergang*

*Die Edelstahlgeländer sollen mit Reflektoren / reflektierender Folie versehen werden.*

- Dies ist zwischenzeitlich geschehen.*

*B) 2. Fußgängerübergang*

*Die Edelstahlgeländer sollen mit Reflektoren / reflektierender Folie versehen werden.*

- Dies ist zwischenzeitlich geschehen.*

*Die Platzfläche soll verbreitert und die Sichtverhältnisse verbessert werden.*

- Die Platzfläche wurde verbreitert, der Zaun abgebaut und das Grün zurückgeschnitten.*

*Ein Versetzen der Umlaufsperrre zu den Bahngleisen hin soll geprüft werden.*

- Ein Versetzen des Geländers wurde zwischenzeitlich geprüft (vgl. unten stehende Ausführungen zu Nr. 5 des Antrages der SPD-Fraktion vom 15. April 2013).*

*C) Zur Anregung*

*Die zukünftige Planung sieht vor, den rechtwinkligen Verschwenk zurückzubauen, die Führung des Fuß- und Radverkehrs in den Bereich des Tores zu verlegen und den Fuß- und Radverkehr baulich zu trennen.*

*2. Situation stadtauswärts*

*A) Einfahrsituation auf den Wellensiekplatz*

*Um Rad- und Autofahrern die Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn zu verdeutlichen und den für Radfahrer zur Verfügung stehenden Raum zu vergrößern, sollen im Bereich der Rampe der Schutzstreifen für Radfahrer auf einer Länge von rd. 10 m rot eingefärbt (analog Niederwall / Brunnenstraße) und die*

*Mittelmarkierung in Richtung Süden verschoben werden.*

- *Die Umsetzung der Markierungen sollte ursprünglich im Sommer 2013 erfolgen, steht allerdings im Widerspruch zu Nr. 6 und 7 des Antrages der SPD-Fraktion vom 15. April 2013 (siehe unten stehende Ausführungen).*

*B) Die letzte Laterne stadtauswärts*

*Ein Umsetzen der Laterne konnte aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht in Aussicht gestellt werden. Allerdings sollte die westlich angrenzende Bordsteinabsenkung verlängert werden, um den Wechsel von der Fahrbahn auf den Radweg zu erleichtern.*

- *Dies ist zwischenzeitlich geschehen.*

*3. Zur Platzgestaltung allgemein*

*Eine Befestigung der Flächen rd. um die Bäume auf der Nordseite des Platzes ist nicht geplant. Dementsprechend ist auch keine Verbreiterung des Pflasterstreifens auf der Nordseite der Baumfläche vorgesehen.*

*Hinsichtlich des oben stehenden Antrages der SPD-Fraktion ist aus Sicht des Amtes für Verkehr Folgendes festzustellen:*

*5. Zurücknahme des Fußgängergeländers an der Ostseite der Haltestelle Wellensiek.*

*Ein Versetzen des Geländers ist grundsätzlich möglich. Die Kosten für ein Versetzen des Geländers um 40 cm in Richtung Bahngleise wurden auf rd. 4.000,00 €, die Kosten für ein Versetzen des Geländers um 1,00 m in Richtung Bahngleise sowie des Signalmastes auf rd. 7.000,00 € geschätzt. Der derzeit zwischen Gelände und Bahngleisen zur Verfügung stehende Raum wurde im Rahmen der Planung bewusst großzügig bemessen, um ein ungehindertes Abfließen der nach Fertigstellung der Hochschule zu erwartenden starken Fußgängerströme von der Haltestelle / dem Gleisbereich auf die Platzfläche zu ermöglichen.*

*Ein Versetzen des Geländers in Richtung Bahngleise würde den für Fußgänger und Radfahrer zur Querung der Gleise zur Verfügung stehenden Raum einengen. Es soll daher zunächst die Eröffnung der Fachhochschule abgewartet werden, um die Fuß- und Radverkehrsströme abschließend beobachten und abschätzen zu können*

*6. Markierung eines Fahrradstreifens auf der schwarzen Platzfläche südlich der Haltestelle Wellensiek (zwischen Wellensiek und Haltestelle).*

*7. Rücknahme der vorhandenen Markierungen und Aufbringung einer Fahrradspur mit Piktogramm auf den beiden Anthrazitflächen links und rechts der Einmündung und darüber hinaus.*

*Die Verkehrsführung im Bereich des Wellensiekplatzes war Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens im Rahmen der*

Erschließung des Hochschulcampus (Drucksachen-Nr. 5894/2004-2009) sowie im Rahmen der Erweiterung / des Umbaus der Haltestelle Wellensiek (Drucksachen-Nr. 2170/2009-2014). Bestandteil des Konzeptes für den Wellensiekplatz war eine einheitliche (anthrazitfarbene) Gestaltung der Nebenflächen sowie die Führung des Radverkehrs über die Nebenflächen (vgl. Drucksachen-Nr. 2170/2009-2014, Anlage 01).

Die im Jahr 2010 veröffentlichten „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) sehen die gemeinsame Führung von Fuß- und Radverkehr aufgrund der damit verbundenen Nutzungskonflikte – insbesondere auf Haupttrouten für den Fuß- und/oder Radverkehr – kritisch. Der Zehlendorfer Damm ist Bestandteil des Radverkehrsnetzes NRW und damit eine Haupttroute für den Radverkehr (vgl. Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld, Drucksachen-Nr. 3740/2009-2014). Ziel von Überarbeitungen der Radverkehrsführung im Bereich des Wellensiekplatzes sollte daher – unter Berücksichtigung der vorhandenen baulichen Gegebenheiten – die Trennung von Fuß- und Radverkehr sein.

Die entsprechend dem technischen Regelwerk für Verkehrsplanungen im Bereich des Wellensiekplatzes zu empfehlende Markierung von beidseitigen Schutzstreifen für Radfahrer auf der Fahrbahn kommt aufgrund der dafür zu geringen Fahrbahnbreite von 6,50 m nicht in Betracht.

Das Attraktivieren des Radfahrens auf der Fahrbahn hatten auch Anregungen des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) Ende des Jahres 2012 zum Ziel, um den Radverkehr zur Minimierung der Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern von den Nebenflächen auf die Fahrbahn zu verlagern. Als geeignete Maßnahmen wurden u. a. für die stadtauswärts fahrenden Radfahrer die Anlage eines Radweges zwischen Zehlendorfer Damm und Am Rottmannshof, die Markierung eines Schutzstreifens im Bereich der Ausfahrrampe für Radfahrer in Höhe Rottmannshof und die Verlängerung der Bordsteinabsenkung im Bereich des Fußgängerüberweges am westlichen Platzende angesehen.

Dieselbe Intention hatten auch die bei dem Ortstermin vom 17. Januar 2013 erarbeiteten Maßnahmen, die stadtauswärts im Bereich der Rampe in Höhe der Einmündung Am Rottmannshof eine Roteinfärbung des Schutzstreifens für Radfahrer auf einer Länge von rd. 10 m (analog Niederwall / Brunnenstraße) und eine Verschiebung der Mittelmarkierung in Richtung Süden vorsahen (vgl. Nr. 2 A der Anregungen von Frau Stockey).

Die unter der Nr. 7 des Antrages der SPD-Fraktion vorgeschlagene Rücknahme der Schutzstreifen-Markierung im Bereich der Ausfahrrampe sowie die unter der Nr. 6 und 7 angeregte Trennung des Fuß- und Radverkehrs auf den Platzflächen durch eine Markierung widerspricht der Intention, den Radverkehr auf die Fahrbahn zu verlagern. Die Maßnahmen zielen daher in die falsche Richtung.

Stattdessen schlägt das Amt für Verkehr in Abstimmung mit der

*Straßenverkehrsbehörde vor, auf Grund der besonderen Situation durch die stark frequentierte Stadtbahnhaltestelle und querenden Fußgängern bzw. Radfahrern zwischen neuer FH und Mensa im Bereich des Wellensiekplatzes eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h auszuweisen. Damit können aus Sicht des Amtes für Verkehr Hemmnisse zur Nutzung der Fahrbahn durch Radfahrer weiter abgebaut und Radverkehr von den Nebenanlagen auf die Fahrbahn verlagert werden, so dass Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern auf den Nebenanlagen reduziert werden können. Zudem kann mit der Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h der Platzcharakter verdeutlicht und die Querbarkeit der Fahrbahn durch Fußgänger erleichtert werden.*

*Um den Radfahrern dennoch die Benutzung der Seitenräume im Bereich des Wellensiekplatzes zu ermöglichen, sollen im erforderlichen Umfang Schilder mit dem Inhalt „Gehweg Radfahrer frei“ aufgestellt werden. Diese Beschilderung soll dem Radfahrer auch eine Benutzung der Seitenräume im Beidrichtungsverkehr ermöglichen. Ziel ist, dass Radfahrer dadurch erkennen wie sie sich verhalten dürfen aber trotzdem Rücksicht auf die Gestaltung des Wellensiekplatzes genommen wird.*

8. *Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung hinsichtlich der Markierung einer Fahrspur auf dem Boulevard zwischen Universität und dem neuen Gelände (ENUS) einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu erarbeiten und der Bezirksvertretung Schildesche zur Beschlussfassung vorzulegen.*

*Wegen unterschiedlicher Standpunkte von Universität, BLB und Stadt bezüglich der Radverkehrsführung im Bereich des geplanten Boulevards werden derzeit Gespräche mit dem Ziel einer einheitlichen Lösung geführt. Sollte im Ergebnis dieser Gespräche eine Trennung des Fuß- und Radverkehrs erfolgen, wird dies der Bezirksvertretung Schildesche zur Beschlussfassung vorgelegt.*

Die Mitglieder der Bezirksvertretung diskutieren die derzeitige Gestaltung und zeigen sich mit den vorgestellten Lösungen nicht einverstanden. Die Intention der Bezirksvertretung – die Verbesserung der Wegeverbindungen für den Radverkehr – sei nicht erfasst worden und eine Verbesserung der Wegeverbindungen und der Verkehrssicherheit nicht gegeben.

Herr John stellt Geschäftsordnungsantrag, die Beratung zu beenden und die Angelegenheit zur weiteren Beratung in den Arbeitskreis Stadtteilentwicklung zu verweisen. Hier sollten dann gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Frau Viehmeister und Frau Selle regen an, die Polizei zu den Beratungen im Arbeitskreis einzuladen.

#### **Beschluss:**

**Die Beratung der Verkehrssituation Radwegeverbindungen Wellensiek wird zur weiteren Beratung in den Arbeitskreis Stadtteilentwicklung verwiesen.**

- einstimmig beschlossen

Der Termin für den Arbeitskreis wird auf den 09.07.2013 vereinbart.

an Ausschuss o.a. verwiesen (GeschO-Antrag)

-.-.-

## Zu Punkt 7

**Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/Sc 5 "Wohngebiet Plackenweg - West" für das Gebiet nördlich der Schloßstraße, süd-östlich der Bebauung entlang der Straße Horstkotterheide sowie westlich der Straße Plackenweg (Flurstücke 541, 543, 544, 545, 546, 112 und 111 (teilw.), Flur 8 der Gemarkung Schröttinghausen, sowie 231. Änderung des Flächennutzungsplanes "Neue Wohnbaufläche Plackenweg - West und Rücknahme einer Wohnbaufläche südl. Wertherstraße" im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB - - Stadtbezirk Dornberg - - Stadtbezirk Schildesche -**

### **Aufstellungs-/ Änderungsbeschluss Beschluss zur Prüfungsdichte der Umweltprüfung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5869/2009-2014

Frau Viehmeister begrüßt Frau Mosig vom Bauamt und Herrn Tacke vom Planungsbüro Hempel und Tacke, Bielefeld.

Herr Tacke stellt die Inhalte der Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Herr Gieselmann schlägt vor, an den 2 Einfahrten in das Baugebiet einen Bürgersteig einzurichten, um die Sichtachse zu verbessern und Fußgängerinnen und Fußgängern mehr Sicherheit zu geben. Weiterhin bittet er, die verkehrliche Erschließung des Baugebietes über die Schloßstraße zu prüfen.

Herr Tacke erwidert, dass die weitergehende Planung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemeinsam z.B. mit dem Amt für Verkehr erfolge und man die Anregungen berücksichtigen und prüfen lassen werde.

Herr John führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor Jahren insgesamt die Entwicklung des Rahmenplanes für Schröttinghausen/Deppendorf begrüßt habe, obwohl sie die Planungen zum Baugebiet Plackenweg West nicht für optimal gehalten hätte. Der damals mit breiter Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger beschlossene Rahmenplan werde jetzt jedoch aufgeweicht. Durch die aktuellen Planungen zum Baugebiet und die daraus resultierenden Überschreitungen sehe man die Grundzüge der damaligen Planungen verletzt. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen werde der

Beschlussvorlage nicht zustimmen und bei einer Beschlussfassung der Bezirksvertretung das weitere Verfahren sehr genau beobachten.

Frau Mosig erwidert, dass man sich sehr bewusst sei, dass die Belange des Umweltschutzes im Hinblick auf den Siekbereich, den Landschaftsschutz und das Biotop eine erhebliche Abwägung in diesem Verfahren darstellen würden. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolge eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht, in dessen Zusammenhang die gesamten Aspekte geprüft und gewertet würden. Hierdurch könne es durchaus zu notwendigen Veränderungen der Planungen kommen. Die damaligen Abgrenzungen des Rahmenplanes in Bezug auf das Siek würden weiterhin gewürdigt.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg begrüßen die Entwicklungen für den Stadtbezirk Schröttinghausen und sprechen sich für den Erhalt des Siekbereiches aus.

**Beschluss:**

1. **Der Bebauungsplan Nr. II/Sc 5 „Wohngebiet Plackenweg - West“ wird für das Gebiet nördlich der Schloßstraße, südöstlich der Bebauung entlang der Straße Horstkotterheide sowie westlich der Straße Plackenweg (Flurstücke 541, 543, 544, 545, 546, 112 und 111 (teilw.), Flur 8 der Gemarkung Schröttinghausen, gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt.**
2. **Für die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist die im Abgrenzungsplan M 1:1.000 (im Original) in blauer Farbe eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.**
3. **Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB zu ändern (231. FNP-Änderung). Der Änderungsbereich ist aus Anlage A ersichtlich.**
4. **Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden gemäß den Ausführungen in dieser Beschlussvorlage (Anlage C) festgelegt.**
5. **Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB ist auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke des Bebauungsplanes nach den von der Stadt Bielefeld beschlossenen Richtlinien durchzuführen.**
6. **Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB erfolgt gleichzeitig mit der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.--

**Zu Punkt 8**

**Sondermittel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Viehmeister teilt mit, dass die bezirklichen Sondermittel aufgrund der aktuellen Haushaltslage um 10 % gekürzt worden seien. Nach Abzug von 586,50 € verblieben somit noch 3.178,50 € zur Verwendung.

Frau Steinborn berichtet, der Initiativkreis Niederdornberg-Deppendorf, Schröttinghausen plane anlässlich des Stadtjubiläums im Mai 2014 die "Deppendorfer Landpartie", einen besonderen Spaziergang, der die ländliche und dörfliche Seite von Bielefeld zeige und viele Überraschungen am Wegrand für die Besucher bereit halte. Als weiteres Projekt plane der Initiativkreis im Oktober 2014 ein Kreativwochenende „Kunstvolles & Delikat“, an dem viele Kreative in Dornberg und Umgebung ihre Türen öffnen, sich über die Schulter schauen lassen und Workshops anbieten würden. Für das Projekt „Kunstvolles & Delikat“ werde ein Flyer geplant, welcher die Besucherinnen und Besucher über die zahlreichen Angebote informiere und leite. Für Ausarbeitung, Layout und Druck benötige man ca. 500,00 € und Frau Diering vom Initiativkreis habe um eine finanzielle Unterstützung der Bezirksvertretung Dornberg gebeten.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen das Engagement des Initiativkreises und sprechen sich für eine Unterstützung aus.

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Dornberg unterstützt das Projekt „Kunstvolles & Delikat“ mit 300,00 € aus den bezirklichen Sondermitteln für die Erstellung eines Flyers.**

- einstimmig beschlossen –

Frau Steinborn berichtet, dass die Gießkannenparkanlage vom Umweltbetrieb im Bereich der Wetterschutzhütte auf dem Friedhof in Kirchdornberg installiert worden sei. Die Mitglieder der Bezirksvertretung kritisieren den Standort, da dieser von der Lage ungünstig gewählt sei. Die Anlage solle in der Nähe der Kapelle an einer Wasserentnahmestelle angebracht werden um für die Besucherinnen und Besucher gut erreichbar zu sein. Der Umweltbetrieb soll mit der Umsetzung beauftragt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

-.-.-

## **Zu Punkt 9.1 Vorabinformation bei Abrechnungen nach § 8 KAG NRW**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5860/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg diskutieren die Informationsvorlage der Verwaltung zur Ablaufsystematik Abrechnungsmaßnahmen nach §§ 127 ff. BauGB und § 8 KAG NRW und stellen fest, dass die mit Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg gewünschte Information der Anwohnerinnen und Anwohner vor Erhebung der Beiträge in der Ablaufsystematik grundsätzlich bereits enthalten sei.

Man ist sich einig, dass eine Vorabberechnung der „genauen“ Kosten sicherlich nicht möglich sei, bekräftigen jedoch den Wunsch, die Anwohnerinnen und Anwohner vor der Durchführung solcher Maßnahmen über die Art, Zeitpunkt und den zu erwartenden finanziellen Umfang zumindest schriftlich zu informieren. Entscheidend sei, dass diese Information vor Beginn der Maßnahme vorgenommen würde, damit die Anwohnerinnen und Anwohner über die anstehende Maßnahme informiert würden.

Man wolle daher an den Stadtentwicklungsausschuss eine Empfehlung aussprechen, die Einführung von Vorabinformationen für das gesamte Stadtgebiet zu beschließen.

### Beschluss:

**Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen, das die in der Vorlage Nr. 4985/2009-2014 zur Ablaufsystematik Abrechnungsmaßnahmen nach §§ 127 ff. BauGB und § 8 KAG NRW unter Ziffer 4. genannten ersten Bürgerinformationen bei allen Maßnahmen im Stadtgebiet Bielefeld durchgeführt werden, in denen eine Abrechnung nach dem KAG NRW vorgesehen ist. Hierbei ist die geplante Maßnahme, Zeitraum der Umsetzung und die zu erwartende Höhe der geschätzten Kosten zu beschreiben.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 9.2 Bürgereingabe Pade**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Viehmeister verliest die Beschlussfassung der Bezirksvertretung Dornberg zu dem Bürgerantrag des Herrn Hans-Rudolf Pade vom 24.04.2013:

*Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung um Prüfung der Verkehrssicherheit auf den Gehwegen der Straße Am Leihkamp und um umgehende Behebung vorhandener Mängel.*

Frau Steinborn berichtet, das Amt für Verkehr habe in einer Stellungnahme mitgeteilt, dass die Straße Leihkamp seit längerem im Fokus der Bautätigkeiten stünde und der Endausbau des Gehweges in der ersten Jahreshälfte 2013 realisiert worden sei. Da aufgrund des beengten Bauraumes, welcher in der Anliegerstraße zur Verfügung stünde, ein Überfahren der bereits vorhandenen Gehweganlage nicht auszuschließen sei, solle eine Reparatur der gegenüberliegenden Altanlage in der zweiten Jahreshälfte 2013 folgen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg nehmen Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 9.3**

**2. Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5977/2009-2014

Ohne weitere Aussprache fassen die Mitglieder folgenden

**Beschluss:**

**Dem Rat wird empfohlen, die Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Bielefeld vom 01.08.2005 in Fassung der 1. Änderungssatzung vom 22.10.2008, veröffentlicht am 25. 10. 2008, gemäß Anlage 1 zu ändern.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

---

---